

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 05.06.2024
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Björn Kornmüller

FDP / Liberale Liste

Herr Oliver Bossert

Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

Freie Wähler

Herr Otto Höger

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher

Frau Heidi Ochs ab 18:30 Uhr

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Steffen Langendörfer

Herr Norbert Ried

Herr Roland Rädle

Frau Dr. Karla Schelp

SPD

Herr Manuel Haas

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Frau Sabine Kronenwett

Herr Andreas Hartmann ab 18:45 Uhr

Frau Simone Rausch ab 18:30 Uhr

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Benedikt Kleiner

Frau Sarah Esaias

Frau Petra Goldschmidt

Herr Joachim Guthmann

Herr Ronald Knackfuß

Herr Kai Basler

Sachverständige

Herr Nils J. Gottschlich Timo Bauinvest

Top 4

WEBW Herr Dr. Ing. Jochen Link, Herr

Gabriel Di Talia Top 6

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Jürgen Herrmann – e -

Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann – e -

Herr Willibald Müller – e –

Tagesordnung:

- 1 **Vorstellung und Präsentation der Ergebnisse des Jugendpolitiktages**
- 2 **Bekanntgaben**
- 3 **Fragen der Gemeinderäte**
- 4 **Information und Beschlussfassung über die Planungsüberlegungen "Paulusstraße 2-10", Langensteinbach
Vorlage: 60/1047/2020**
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über die 3. Änderung des Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Langensteinbach Süd" (Paulusstraße)
a) Fassen des Aufstellungsbeschlusses
b) Durchführung der frühzeitigen Bürger- und Trägerbeteiligung
Vorlage: 60/1047/2020/1**

- 6 **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Photovoltaikfreiflächenanlage Hamberg" in Karlsbad-Spielberg**
 - a) **Beratung und Beschlussfassung zur Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung**
 - b) **Billigung der Planung und Beschluss zur Offenlage****Vorlage: 60/1463/2023/1**

- 7 **Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad (Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung)**
Vorlage: 10/1638/2024

- 8 **Genehmigung von Protokollen**

- 9 **Fragen der Zuhörer**

- 10 **Verschiedenes**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 28.5.2024 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 29.5.2024 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 **Vorstellung und Präsentation der Ergebnisse des Jugendpolitiktages**

Der Vorsitzende erläutert, dass die Gemeinde bemüht ist, die Jugend aktiv in die Politik einzubinden. Es gehe darum, deren Meinungen und Wünsche zu erfassen.

Der Jugendpolitiktage sei rundum gelungen. Die Jugendlichen hätten hochmotiviert gearbeitet. Jetzt soll die Sicht der Jugend ganz gezielt in die Vorhaben einfließen.

Circa 15 Jugendliche stellen ihre vorab mit Kai Basler und Hans-Dieter Stößer erarbeiteten, zusammengefassten Ergebnisse aus dem Politiktage vor. Kai Basler erklärt, dass sich erfreulicherweise etliche Jugendliche die Zeit dafür genommen haben. Viele seien nämlich zeitlich weit über die Schule hinaus durch andere Aktivitäten gebunden. Neben den Anwesenden gebe es noch mehr Interessierte die heute lediglich terminlich verhindert sind. Allgemein gibt es einen Trend zu nicht allzu starren Formen der Jugendbeteiligung. Neue Themen könnten immer aufgenommen und bearbeitet werden. Geplant seien mindestens vier fixe Termine pro Jahr.

Engagiert stellen die Jugendlichen in Themengruppen ihre Wünsche vor. Jede Themengruppe präsentiert ihr eigenes Plakat. Auch im Zuhörererraum sitzen einige Jugendliche sowie Schulleiter der örtlichen Schulen. Unter anderem geht es um die Punkte

Schulen / Schulhof / Sicherheit

Sitzmöglichkeiten Schulhof, Schulhofgestaltung, Aufenthaltsräume, Sportaktivitäten
Wasserspender, Kiosk, großes Thema Verkehrssicherheit ums Schulzentrum, sichere Radabstellanlage (Vandalismus), Tablets bereits ab Klasse 8

Soziales

Mülleimer, öffentliches W-Lan, Jugendtreffpunkte, kleine Einkaufsläden in den Ortsteilen Auerbach und Mutschelbach,

Problemgruppe(n)

Es gibt, so schildern die Jugendlichen dem Gemeinderat, andere Jugendliche, die sich treffen und bestimmte Orte unsicher erscheinen lassen. Durch deren Präsenz fühlen sich die Jugendlichen nicht wohl. Sie können in der Situation dann nicht diesen Raum nutzen. Die Gruppe schlägt dazu unter anderem vor, die Aufenthaltsräume für diese Gruppe(n) zu beschränken, die Citystreife verstärkt einzusetzen bzw. Platzverweise auszusprechen.

ÖPNV

Bessere Busverbindungen, größere und mehr Schulbusse, Jugendliche die sich treffen und bestimmte Orte unsicher erscheinen lassen. Vorschlag hierzu u.a.: Aufenthaltsräume beschränken, Citystreife bzw. Platzverweise. Ein Mädchen möchte, dass die E-Busse reduziert werden wegen gesundheitlicher Probleme, da die E-Busse kleiner seien und dadurch voller; die Luft sei daher stickig. generell seien sie auch sehr voll.

Im Anschluss wird rege diskutiert und vom Gemeinderat nachgehakt. Querbeet wird den Jugendlichen gedankt für Ihre Bereitschaft und Mut sowie Engagement.

GR Reinhard Haas (SPD) bewertet u.a. das Thema Sicherheit hoch und sieht die weiteren Punkte Verkehr und Schulhof – dort sei einiges machbar.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) meint u.a., dass einige Wünsche neu, andere bereits bekannt seien. Es sollte sortiert werden was schnell geht und was bereits läuft bzw. schon bekannt ist.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90 / Grüne) freut sich, dass sich so viele beteiligen. Er meint u.a., dass Themen bereits bekannt, jedoch noch nicht abschließend bearbeitet seien. Da sollten die Hintergründe geklärt werden. Er erwähnt als ein bekanntes Thema unter anderem das Anbinden der Ortsteile. Ein weiteres gewichtiges Thema sei wohl der Verkehr ums Schulzentrum. Im Rahmen der Sanierung des Schulzentrums gebe es ja auch Pläne für die Außenanlagen.

Der Vorsitzende informiert, dass das Thema G 9 das Gesamtthema verändere. Dieses wirke sich auch auf das Schulzentrum mit seinen Einrichtungen aus. Die Außenanlagen gehören zu der Sanierungsmaßnahme. Die Gemeinde warte noch auf ein politisches Signal vom Land. Wesentliche Infos habe man bereits.

GR Roland Rädle (CDU) sieht u.a. eine große Vielfalt an Themen. Die Jugendlichen wollten sich in einer sicheren und schönen Umgebung bewegen.

GR Oliver Bossert (FDP/Liberale Liste) anerkennt den Mut der Jugendlichen, sich vor dem Gremium zu präsentieren. Aus eigener Erfahrung kennt er jugendliche Themen.

GR Hans Kleiner (FDP/Liberale Liste) sieht die Richtung der Jugendbeteiligung etwas anders. Er findet den Jugendpolitiktag gut. Allerdings müsse die weitere Beteiligung über einen zu besetzenden Jugendbeirat laufen. Die rechtlichen Regelungen dazu gebe es ja bereits.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Jugendlichen und wünscht ihnen ein motiviertes Weiterarbeiten. Er erläutert, dass die Ergebnisse ausgewertet, priorisiert und in länger- bzw. kürzer laufende Projekte aufgeteilt werden sollen. Es gehe dann auch je nach Projekt um finanzielle Dimensionen die geklärt werden müssen. Beim Turnus vom Jugendpolitiktag gebe es die Position einer kürzeren Variante (jährlich) oder länger (zweijährig). Wichtig sei, ihn regelmäßig zu veranstalten und auch zu erklären, welche Wünsche nicht realisierbar sind. Geplant sei, eine Jugendsprechstunde einzurichten.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Bekanntgaben

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt informiert, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung am 8.5.2024 den Hummelstall an einen Kaufinteressent vergeben hat. Dieser wolle u.a. die Charakterzüge vom Gebäude erhalten.

zu 3 Fragen der Gemeinderäte

GR Norbert Ried (CDU) erkundigt sich, ob es Erkenntnisse zu einer möglichen Verlagerung des Standortes vom Rettungswagen gibt. Der Vorsitzende sagt, dass es hierzu nur gerüchtere Aussagen gibt. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer vom SRH Klinikum, Herr Schwarzer, stehe hierzu an.

Auf Nachfrage von GRin Karla Schelpp (CDU) sagt Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt, dass bei der Bauplatzvergabe gemeindlicher Bauplätze alle Fälle über den Gemeinderat nach dem bestehenden Regelwerk laufen. „VIP-Bauplätze“ o.ä. die bevorzugt

vergeben werden, gebe es nicht, das sei nicht zulässig. Alle Bauplatzvergaben werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

GR Michael Nowotny (SPD) erkundigt sich nach den Auswirkungen vom Starkregen in Karlsbad. Diese hätten sich, so der Vorsitzende sehr in Grenzen gehalten. Die Feuerwehr sei bereit und auf Kontrolle gewesen bzw. bei kleineren Überschwemmungen (z.B. auf der Kreisstraße Spielberg) im Einsatz gewesen. Die Einrichtungen hätten sich bewährt, es habe nur kleine Vorfälle gegeben, der Technische Dienst habe ebenfalls in seiner Bereitschaft die Einläufe kontrolliert und wo notwendig auch gereinigt.

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) regt an, mehr über die Nutzungsmöglichkeiten vom MyShuttle zu informieren. Außerdem möchte er den Sachstand vom Antrag auf Aufforstung A8 Mutschelbach vom 28.7.2022 (Bündnis 90/Grüne) wissen. Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt sagt, dass man zunächst noch die endgültige Zuordnung der Flächen von der Flurneuordnung abwarten müsse. Danach könne über den Antrag beraten werden. Der Vorsitzende sagt, dass der Seniorenbeirat sich des Themas MyShuttle angenommen habe. Man habe dieses Thema ebenfalls vorgesehen.

GR Reinhard Haas (SPD) fragt, ob es Informationen zu einem möglichen Abtrennen von Etzenrot vom Wassergewinnungsverband Pfaffenrot – Spielberg – Etzenrot gibt. Der Vorsitzende meint, dass dies ein Thema von Waldbronn sei. Es liegen dazu keine Fakten vor.

GRin Susanne Vollmer (Bündnis 90/Grüne) fragt nach dem Sachstand Einfahrt Pferdefreunde Auerbach. Der Vorsitzende will hierzu das Ergebnis nachliefern.

zu 4 Information und Beschlussfassung über die Planungsüberlegungen "Paulusstraße 2-10", Langensteinbach Vorlage: 60/1047/2020

Geschäftsführer Nils-J. Gottschlich (Timon Grundinvest GmbH) nimmt am Verwaltungstisch Platz. Der Vorsitzende führt in das Thema ein. In der Sitzung des Gemeinderats am 25.10.2023 wurde die Konzeption zur Nachverdichtung in der Paulusstraße vorgestellt und mit großer Mehrheit beschlossen. Aufgeteilt auf 3 Baukörper sollen zusätzlich zur vorhandenen Wohnbebauung 19 Seniorenwohnungen, 1-2 Wohnpflegegemeinschaften + Pflegeambulanz sowie eine KiTa entstehen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Verhandlungen mit den Projektbeteiligten weiter zu betreiben, um eine baldmöglichste Realisierung zu ermöglichen. In der Zwischenzeit wurden zahlreiche Gespräche geführt.

Der Sachstand stellt sich – so Joachim Guthmann - wie folgt dar:

Bestandsgebäude/Stellplatzsituation

Auf dem Grundstück Flst.Nr. 8173 sind derzeit 5 Mehrfamilienwohngebäude mit insgesamt 33 Wohneinheiten vorhanden. Dafür stehen bisher 3 Garagengebäude mit 25 Plätzen und 8 Stellplätze zur Verfügung. 5 Wohnungen sind aktuell wegen dem fehlenden Bedarf ohne Stellplatzzuordnung vermietet.

Die Garagengebäude sollen abgebrochen werden, um Platz für die geplanten Neubauvorhaben zu schaffen. Entlang der Paulusstraße werden dafür insgesamt 30 neue Stellplätze her-

gestellt. In der im Oktober beratenen Planung sollten ursprünglich 33 neue Stellplätze entstehen.

Für das notwendige Bebauungsplanverfahren wurde bereits ein Biologe mit der Grundlagen-erhebung beauftragt. Bei der ersten Ortsbesichtigung wurde auch der Baumbestand aufgenommen und bewertet. Im westlichen Bereich des Plangebiets ist eine alte Eiche die als Habitat für Vögel und Fledermäuse dient, zwingend zu erhalten. Dadurch reduziert sich die realisierbare Stellplatzanzahl auf 30 Stellplätze. Ein entsprechender Lageplan ist dieser Vorlage beigelegt.

Seniorenwohnungen/Wohnpflegegemeinschaften

Die Planung für die Gebäude mit den Pflegeeinheiten wurde weitergeführt. Ebenso wurde mit möglichen Betreibern dieser Pflegeeinrichtung verhandelt. Inzwischen konnte vom Investor eine weitgehende Einigung mit einem Pflegedienstleister erzielt werden. Eine Veröffentlichung ist zeitnah vorgesehen. Für die Pflegebereiche wird aufgrund der Wohnungsgrößen und des geringeren Stellplatzbedarfs ein reduzierter Stellplatzschlüssel von 0,5 Stpl/WE angesetzt.

Kindergartenneubau:

Der Investor hat mit mehreren potenziellen Betreibern für den Kindergarten als Nachfolgeeinrichtung für die „Kleine Strolche“ verhandelt. Mit dem privatwirtschaftlich organisierten Träger „Pro-Liberis“ konnte Einigung zum Betrieb eines 3-gruppigen Kindergartens erzielt werden. Innerhalb des Baufelds für den Kindergartenneubau verlaufen mehrere Entwässerungsleitungen des SRH-Klinikums. Um den Neubau realisieren zu können, müssen diese in den öffentlichen Bereich verlegt werden. Vom Ing.-Büro Fröhlich wurde eine Kostenschätzung erstellt und der Aufwand für die Leitungsverlegung auf ca. 175.000 € veranschlagt. Diese Kosten sind von der Gemeinde zu tragen, und im kommenden Doppelhaushalt bereitzustellen. Gottschlich ergänzt, dass geplant sei, als Außenfläche für die Kinder auch die Dachflächen zu nutzen.

Paulusstraße

Die Paulusstraße befindet sich im Eigentum der SRH. Die Straße ist im Bebauungsplan „Langensteinbach-Süd“ als Verkehrsfläche ausgewiesen. Die Unterhaltungslast und die Verkehrssicherungspflicht liegen beim Grundstückseigentümer. Das von der Paulusstraße im Wesentlichen erschlossene Grundstück Flst.Nr. 8173 wurde schon vor mehreren Jahren von der SRH veräußert. Lediglich der östliche Grundstücksteil (Flst.Nr. 8180) entlang der Paulusstraße befindet sich noch im Eigentum der SRH. Insofern ist der Wunsch der SRH nachvollziehbar, dass dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straßengrundstück „Paulusstraße“ an die Gemeinde abzugeben.

Da die Unterhaltungslast bei einer Übernahme durch die Gemeinde zukünftig bei der Kommune liegt, ist ein finanzieller Ausgleich für deren bauliche Unterhaltung durch Zahlung eines Ablösebetrages üblich.

Da davon auszugehen ist, dass nach Abschluss der Bauarbeiten eine Deckenerneuerung der Paulusstraße erforderlich wird, hat das Ing.-Büro Fröhlich die Kosten für diese sowie die Erneuerung der Gehwege auf ca. 215.000 € geschätzt. Davon entfallen ca. 145.000 € auf die Fahrbahn und ca. 70.000 € auf die Gehwege. Im östlichen Teilbereich der Paulusstraße (von der Ittersbacher Straße kommend) wurde vom SRH bereits die Deckenerneuerung durchgeführt.

Die Projektbeteiligten haben sich darauf verständigt, dass ein Betrag in Höhe von 120.000 € sowie die Erneuerung der Gehwege in der Paulusstraße zu Lasten des SRH und der jetzigen

Grundstückseigentümer gehen. Der Gehwegausbau wird von den Investoren im Anschluss an die Baumaßnahme nach dem von der Gemeinde vorgegebenen Ausbaustandard vorgenommen. Die Gemeinde wird im Anschluss die Deckensanierung der Fahrbahn durchführen.

Die Kosten der Verlegung der Wasserleitung zur Trennung des Baugrundstücks vom Wasserleitungsnetz der SRH werden von den Eigentümern – ohne Kostenbeteiligung der Gemeinde – getragen.

Bebauungsplanverfahren/Städtebaulicher Vertrag

Um die planerischen Voraussetzungen zur Umsetzung des Gesamtprojektes zu schaffen, ist die Änderung des Bebauungsplanes „Langensteinbach-Süd“ erforderlich. Das Bebauungsplanverfahren soll im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Die Gemeinde und die Grundstückseigentümer vereinbaren ein Kostenteilung (je ½) der durch das Bebauungsplanverfahren, sowie die Rechtsberatung entstehenden Kosten. Die entsprechende Regelung wird im städtebaulichen Vertrag aufgenommen. Ebenso die Regelungen zur Kostentragung für Kanalverlegung, die Fahrbahndeckenerneuerung und die Gehwegsanierung. Wegen dem komplexen Vertragswerk mit vier Beteiligten soll ein Anwalt das städtebauliche Vertragswerk ausarbeiten und umsetzen.

Diskussion im Gemeinderat

Im Gemeinderat wird von mehreren Seiten betont, dass nach dem Stillstand das Thema jetzt weiterbearbeitet wird. Die Konzeption decke die Bereiche Senioren, Kindergartenneubau und Wohnen ab, das wird positiv gesehen.

Über Einzelfragen wird diskutiert. Ein Thema ist das Parken in diesem Bereich. Die Situation wird allgemein als schwierig bewertet. Über mögliche Lösungsvorschläge wird gesprochen und diese werden fachlich bewertet (z.B. Positionierung und Größe sowie Anzahl der Parkplätze, Belegung von Parkflächen durch SRH-Beschäftigte, Einbahnstraßenregelung etc.) Joachim Guthmann meint, dass die neu geplanten Parkplätze ausreichen müssten. Nicht jede Wohnung im Senioren-Personenkreis benötige Parkplätze. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert eine angesprochene Einbahnstraßenregelung und Halteverbote, sieht diese jedoch eher nicht als realisierbare Lösungsmöglichkeit, da die Ausfahrt auf die ebenfalls stark beparkte Ittersbacher Straße eng und sehr unübersichtlich sei. Man verlagere den Parkdruck nur weiter und führe den Verkehr über Nebenstraßen ab. Mit dem SRH-Klinikum soll, so die Verwaltung, wegen den parkenden SRH-Beschäftigten sprechen.

GR Günter Denninger (CDU) sieht die fehlende Einkaufsinfrastruktur in dem Gebiet als Problem. Gottschlich sagt, dass man neben den pflegerischen Dienstleistungen auch einen Fahr- und Einkaufsservice für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner anbieten wolle. Mehr sei nicht möglich.

Zeitplan

Nils-J. Gottschlich (Timon Grundinvest GmbH) sagt, dass man in den Startlöchern stehe. Man würde gerne im Frühjahr 2025 beginnen zu bauen. Dafür müssen alle anderen Schritte vorab plangemäß laufen. Er rechne mit 18 Monaten Bauzeit. Ein Betreiber für die Wohnpflegegemeinschaft könne noch nicht genannt werden. Derzeit sei man noch mit 2-3 Interessenten im Gespräch. Ziel sei eine 24-Stunden-Pflege

Der Vorsitzende meint abschließend, dass es nicht möglich sei, alle Erfordernisse und Wünsche umzusetzen. Er betont, dass die Pflege eine bundesweite Herkulesaufgabe sei. Das

Projekt in Langensteinbach sei hier ein Beginn. Er helfe, den riesigen Bedarf etwas zu verringern. Im Übrigen arbeiteten alle Beteiligten mit maximaler Geschwindigkeit an dem Thema.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle:

- a) Den Sachstandsbericht zur Kenntnis nehmen.
- b) der vorgestellten Stellplatzplanung für die Gesamtkonzeption zustimmen.
- c) der Kostenübernahme für die Kanalverlegung zur Errichtung eines Kindergartens zustimmen und die Mittel im HH 2025/2026 bereitstellen.
- d) die Übernahme der Paulusstraße ins Gemeindeeigentum zu den dargestellten Bedingungen beschließen.
- e) die Verwaltung beauftragen einen städtebaulichen Vertrag mit den Projektbeteiligten zu erarbeiten.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die 3. Änderung des Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Langensteinbach Süd" (Paulusstraße)**
- a) Fassen des Aufstellungsbeschlusses**
 - b) Durchführung der frühzeitigen Bürger- und Trägerbeteiligung**
- Vorlage: 60/1047/2020/1**

Joachim Guthmann erläutert die Details und erwähnt u.a., dass die 3. Änderung wegen zusätzlich überbaubaren Flächen notwendig wird. Er verweist ansonsten auf die Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle

- a) den Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Langensteinbach Süd“ nach § 2 (1) BauGB fassen,
- b) die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- zu 6 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Photovoltaikfreiflächenanlage Hamburg" in Karlsbad-Spielberg**
- a) Beratung und Beschlussfassung zur Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung**
 - b) Billigung der Planung und Beschluss zur Offenlage**
- Vorlage: 60/1463/2023/1**

Die Herren Dr. Ing. Jochen Link und Gabriel Di Talia von WEBW Neue Energie GmbH nehmen am Sitzungstisch Platz.

Joachim Guthmann hält Sachvortrag und verweist auf die Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht. Das Gremium ist damit einverstanden, über die beiden Punkte a und b gemeinsam abzustimmen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle

- a) die Synopse mit den Stellungnahmen zum Planverfahren zustimmend zur Kenntnis nehmen
- b) den Planentwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften billigen und die Durchführung der Offenlage nach § 3 (2) BauGB sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad (Feuerwehr-Kostenersatz- Satzung) Vorlage: 10/1638/2024

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Er erläutert unter anderem, dass die Feuerwehr eine Einrichtung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ist. Sie dient dabei der Gefahrenabwehr für Gefahren der öffentlichen Sicherheit, wenn sie mit den besonderen Möglichkeiten der Feuerwehr bekämpft werden können. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu regelt in Baden-Württemberg das Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg (FwG). Zusätzlich können die Einsätze der Feuerwehr durch das Landeskatastrophengesetz oder durch die sogenannte Amtshilfe begründet sein. Das Feuerwehrgesetz verpflichtet jede Gemeinde zur Aufstellung, Ausrüstung und Unterhaltung einer den örtlichen Erfordernissen entsprechenden leistungsfähigen Feuerwehr.

Es gibt Pflicht- und Kann-Aufgaben.

Pflichtaufgaben sind: Schadensfeuer, Öffentliche Notstände, Technische Hilfe für Menschen und Tiere bei lebensbedrohlichen Lagen.

Kann-Aufgaben sind: Abwehr von Gefahren bei anderen Notlagen für Menschen, Tiere und Schiffe und Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere der Brandschutzaufklärung und -erziehung sowie des Feuersicherheitsdienstes. Diese Aufgaben sind grundsätzlich kostenpflichtig.

Der Kostenersatz umfasst Stundensätze für Einsatzkräfte und Feuerwehrfahrzeuge. Die alten Richtlinien und Kosten dürfen aufgrund einer GPA-Beanstandung nicht mehr verwendet werden. Die Kalkulation umfasst nur die Stundensätze für die Einsatzkräfte. Für Fahrzeuge werden gemäß Verordnung des Innenministeriums für genormte Fahrzeuge die Stundensätze bereits festgesetzt. Die Freiwillige Feuerwehr Karlsbad verfügt nur über genormte Fahrzeuge. Die Gemeinde zahlt den Arbeitgebern der Feuerwehrangehörigen bei Einsätzen den

tatsächlichen Verdienstaufschlag. Errechnet wurde ein Betrag/Personalkostenersatz in Höhe von 18,31 € je Person und Einsatzstunde. Die Abrechnung erfolgt im halbstündlichen Takt. Sonstige Kosten stellen beispielsweise Verbrauchsmaterialien, Sonderlösch- und Einsatzmittel sowie sonstige durch den Einsatz verursachte Kosten und notwendige Auslagen dar und werden nach tatsächlichem Aufwand je Einsatz geltend gemacht. Er erläutert anhand typischer Beispiele mögliche Einsätze und deren Auswirkung auf einen möglichen Kostenersatz.

Eine Diskussion wird nicht gewünscht. Der Gemeinderat ist einverstanden, über die Punkte 1 und 2 gemeinsam abzustimmen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

- 1) Sich die Kalkulation zu eigen machen
- 2) die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Karlsbad mit Anlage des Kostenersatzverzeichnis zu § 5 Abs. 1 der Satzung zu beschließen

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Genehmigung von Protokollen

Die Protokolle vom 17.4.2024 und 8.5.2024 (ein Korrekturwunsch von Frau Dr. Schelp wird übernommen) werden einstimmig genehmigt.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Ein Zuhörer erkundigt sich nach dem Stand der Wahlhelfer, da die Gemeinde insb. über Instagram wiederholt um diese geworben habe. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass die Positionen besetzt sind. Zug um Zug hätten sich weitere Personen gemeldet, die kombinierten Wahlen und der damit verbundene Auszahlungsaufwand seien jedoch sehr personalintensiv. Dank den Rückmeldungen konnten die Wahlvorstände besetzt werden, allerdings sind wenige bis keine Reserven bei erheblichen Ausfällen vorhanden.

zu 10 Verschiedenes

Auf Nachfrage zum Baufortschritt Schaftrieb erläutert Joachim Guthmann, dass man derzeit wie geplant vom Bauende der Erschließungsarbeiten Ende Oktober ausgehe.

gez.
Vorsitzender

gez.
Protokollführer/in

Gemeinderat Joachim Karcher
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson